

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nº 15.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonntags. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. eingetragen in die Postkatalogliste Nr. 6068.

Hannover
Sonnabend, 27. Juli 1901.

Geschäftsstelle pro 3 geplatt. Zeile oder
der Raum 25 Pf. für Zahlstellen 15 Pf.
Posten-Annahme 10 Pf. Redaktion:
Schillerstr. 5. Verlag: Alotastr. 46.

10. Jahrg.

Bekanntmachung.

Zwischen dem Vorstand des Verbandes der Arbeiterschaft der Papier-, der chemischen und Gummi-Industrie Österreichs, Sitz Wien, und dem Vorstand unserer Organisation ist folgender Kartellvertrag vereinbart worden:

Unser Verband verpflichtet sich, zugereiste Mitglieder des Verbandes der Arbeiterschaft der Papier-, der chemischen und Gummi-Industrie Österreichs, welche diesem Verband mindestens 12 Monate angehören und sich mit einer ordentlichen Reiselegitimation ausweisen, in puncto Reisegegenwart ebenso zu behandeln wie die eigenen Mitglieder.

Dagegen verpflichtet sich der genannte Verband, reisenden Mitgliedern unseres Verbandes, welche ein Jahr Mitglied sind und sich mit einer ordentlichen Reiselegitimation versehen haben, wöchentlich nacheinander ein Reisegegenwart von 6 Kronen, zusammen aber ein und demselben Mitgliede nicht mehr wie 24 Kronen im Laufe eines Jahres zu gewähren.

Den reisenden Mitgliedern werden die laufenden Wochenbeiträge von der Unterstützung abgezogen.

Von einem Verband zum anderen vertretende Mitglieder werden als alte weiterzählende Mitglieder behandelt.

Dieser Vertrag tritt vom Tage seiner Veröffentlichung im "Proletarier" und in den "Mitteilungen" des österreichischen Bruderverbandes an in Kraft.

J. A.: Aug. Brey.

Amtliche Anerkennung des Koalitionsrechts.

Es ist noch in frischer Erinnerung, welche vorstürmlichen Ansichten über das Koalitionsrecht der Arbeiter der vermutlich bald zu den verschossenen zu jährlende preußische Eisenbahnamtler von Thielen vor einigen Monaten im preußischen Abgeordnetenhaus äußerte. Dasselbe Geistes sind seine Berufskollegen, die Herren Rheinbaben, Möller, Hammerstein u. s. w. Überhaupt gibt die preußische Gesamtregierung in ihrer Feindschaft gegen das Koalitionsrecht dem Verbande der Scharfmacher nicht das Geringste nach. Darnach ist es denn auch nicht verwunderlich, wenn die preußischen Gewerbeinspektoren im Allgemeinen dem Vereinigungsrecht der Arbeiter, ihren Organisationsbestrebungen mit ziemlicher Passivität gegenüberstehen, in Einzelfällen ihnen sogar feindlich gesonnen sind.

In Rücksicht darauf ist es beachtenswerth, von preußisch-amtlicher Stelle einmal ein verständiges Wort über das Koalitionsrecht zu hören. In der Zeitschrift des königlich preußischen Statistischen Bureaus (vierter Vierteljahr 1900), einer amtlichen Veröffentlichung, die vom Vorstande der genannten Staatsbehörde herausgegeben wird, veröffentlicht ein preußischer Staatsbeamter, der königliche Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspektor Ernst Biedermann, eine umfangreiche Studie unter dem Titel: "Die deutsche Volkswirtschaft und ihre Hauptprobleme." In dem Kapitel Arbeiterpolitik verbreitet er sich auch in einem besonderen Abschnitte über das Koalitionsrecht der Arbeiter. Wir geben den Hauptinhalt dieser Ausführungen wieder:

Aus der kapitalistisch-wirtschaftlichen Übermacht der Unternehmer folgt für die Arbeiter, soweit sie nach dem Worte "Feder ist seines Glücks Schmied" hinsichtlich der Hebung ihrer wirtschaftlich sozialen Stellung auf Selbsthilfe verwiesen werden, die Notwendigkeit und Berechtigung des Zusammenschlusses und der Förderung des vollen freien Koalitionsrechtes, vollends in einer Zeit, in der die Konsortial- und Kartellbildungen, die Kapitalvereinigung der Unternehmer, eine für die Allgemeinheit des Abnehmers umstößliche Entwicklung angenommen haben. Es ist das nicht nur eine Forderung der Gerechtigkeit, sondern, wie die bösen Folgerungen jener Kapitalvereinigungspolitik für das gesunde soziale Gefüge des Staates gezeigt haben, zugleich in erster Linie eine solche der wirtschaftlichen Notwendigkeit und der politischen Zweckmäßigkeit . . .

Da die wirtschaftliche Überlegenheit des Arbeitgebers über den Arbeiter nicht liegt zu bestreiten ist, folgt weiter, daß auch dem Letzteren - dasselbe private Mittel, das von seinem überlegenen Gegner beim Abschluß des Arbeitsvertrages uneingeschränkt angewendet wird, unverkürzt freigegeben werden muß; die unliebsamen Erscheinungen für unsere Wirtschaft, welche die Ausführung von Massenentschlüssen (Streiks) zu

begleiten pflegen, dürfen nicht dazu führen, die als richtig erkannte Gleichberechtigung beider Theile unbegrenzt zu lassen, also das Recht zu beugen . . .

Nachdem durch die Gewerbe-Ordnung von 1869 alle früheren Verbote und Strafbestimmungen gegen Vereinigungen von Gewerbetreibenden zum Zwecke der Erlangung günstiger Lohnarbeits-Bedingungen, insbesondere durch Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, aufgehoben sind, ist der Arbeiter zwar bereits im Besitz des Koalitionsrechtes, dessen Ausübung und Ausübung aber die Bestimmungen über politisches Vereins- und Versammlungsrecht in den meisten Bundesstaaten und in verschiedener Schärfe praktisch entgegenstehen, indem Sektionen und Bemängelungen politischer Einrichtungen, wie z. B. der Gewerbe- und Handels-Gesetzgebung, die Handhabe bieten, eine solche Versammlung als politische Zwecke verfolgend zu kennzeichnen und im Verwaltungswege aufzulösen.

Wir fassen unsere Darlegungen dahin zusammen, daß unter strenger Zurückweisung jeglicher außergewöhnlichen Schritte und Handlungen unter voller Wahrung der berechtigten Interessen Dritter der Arbeitnehmerschaft das uneingeschränkte Koalitionsrecht offen zu halten ist, das dem Arbeitgeberhum zur Seite steht und von dem dieses den uneingeschränktesten Gebrauch gemacht hat, daß sich, kurz gesagt, eine der Arbeitnehmers-Vereine- und Verbandsbildung (Gewerbevereine, Trade Unions) freundliche und förderliche staatliche Politik und behördliche Haltung empfiehlt, welche dem Arbeitgeber gegenüber jeden Zweifel darüber zerstreut, daß der Arbeitsvertrag und seine Wirkungen nach der heutigen kapitalistisch-großbetrieblichen Entwicklung keineswegs nur eine Frage des privaten, sondern eine solche des öffentlichen Rechts ist."

Es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, daß solche verständige Ansichten, die an sich durchaus Selbstverständliches enthalten, von einem Beamten geäußert werden, dessen Amt von Herrn von Thielen ressortiert, und daß sie in einer Schrift veröffentlicht werden, die vom Ministerium des Innern ressortiert.

In Cöslin ist, wie der "Stettiner Volksbote" zu berichten weiß, der Streik beendet mit einer vollständigen Niederlage. Die Unternehmer, die von einer gewissen Seite aufgestachelt worden sind, fordern von allen Arbeitern den Austritt aus der Organisation. Im "Stettiner Volksboten" beliebt man die Sache so darzustellen, als seien Maßnahmen des Vorstandes an der ungünstigen Beendigung des Streiks schuld, weil dieser sich zuletzt weigerte, Unterstützung für die Arbeitslosen, welche von der Papierfabrik wegen Arbeitsmangel entlassen worden waren, zu bezahlen. Es heißt da: "Da aber eine große Zahl Arbeitsloker mit unterstützt werden musste, so bedeutete dies für diese so viel, als Streitbrecher zu werden, da bei der diesjährigen schlechten wirtschaftlichen Lage außerhalb auch wenig Arbeit zu bekommen war. Diese waren deshalb gezwungen, die Arbeit aufzunehmen und, demzufolge den Streik illusorisch zu machen; die Ausgesperrten hätten andererfalls vielleicht überhaupt keine Arbeit mehr bekommen. Als die Unternehmer, deren Hochmuth schon sehr in die Brüche gegangen war, merkten, wie es mit den Arbeitern stand, bekamen sie wieder Oberwasser und stellten sich allen Vermittlungs- und Einigungsversuchen schroff gegenüber." Dem gegenüber sei festgestellt, daß Kollege Brey in der Sitzung, an welcher Bevollmächtigte und Reisoren der Zahlstelle Cöslin teilnahmen, von allen Theilnehmern die Bestätigung erhielt, daß der Streik nicht mehr gewonnen werden könne. Das einzige, aber auch sichere Mittel, diese Niederlage zu vermeiden, war, daß die Einwendungen des Vorstandes beachtet und bei der diesjährigen schlechten wirtschaftlichen Lage der Angriffsstreik unterlassen worden wäre. Nun die Verantwortung auf Andere zu schieben, ist zwar kein, aber nicht aufrichtig.

Vom sozialen Kampfplatze.

Von großen Höhepunkten wird am Montag berichtet. Es sind 270 Stahlbetriebe geschlossen, 74 000 Stahlarbeiter feiern. — Aus Wilesbarre (Pennsylvanien) wird gemeldet: Die Heizer in den hiesigen Bergwerksdistrikten legten die Arbeit nieder. Die meisten Minen sind gezwungenen zu feiern. Die Zahl der dadurch Arbeitslosen wird auf 43 000 geschätzt.

Polizeiliches, Gerichtliches.

— Wegen Bekleidung von Arbeitswilligen hatte sich kürzlich die Arbeiterin Jenny Feige in Harburg, früher in Altona wohnhaft, zu verantworten. Sie war beschuldigt, am 18. Mai d. J. die Arbeiter Otto Benndorf und Franz Förber dadurch thöthlich beleidigt zu haben, daß sie dieselben, als sie Arbeit auf der Gummitfabrik gingen, anspruckte. Die Angeklagte bestreite ihre Schuld. Sie war an dem fraglichen Tage mit dem Zuge angelommen, um nach ihrer hier in Harburg belegenen Arbeitsstätte zu gelangen. Auf dem hiesigen Bahnhofe hatte sie dann die Arbeitswilligen bemerkt. Sie giebt zu, ausgespuckt zu haben, aber nicht, um die Leute zu beleidigen, sondern weil sie durch ihr Brustleiden dazu gezwungen gewesen sei. Sie habe ein ärztliches Urteil bei sich, wonach sie brustleidend sei und sich seit Jahren, mit Unterbrechung, in Behandlung befindet. Die Zeugen schwören das in der Anklage Gesagte und fügen hinzu, daß sie auch von der Angeklagten beschimpft seien. Das Gericht erkennt auf 4 Wochen Gefängnis. Die Verurteilte, die ohne Anwalt erschienen war, erklärt, sich bei dem Urteil nicht beruhigen zu wollen.

Korrespondenzen.

Cöthen. Durch die Interesslosigkeit sind wir gezwungen, den Raum des "Proletariers" in Anspruch zu nehmen. Als vor zwei Jahren unsere Zahlstelle gegründet wurde, zählten wir 170 Mitglieder, und die Versammlungen waren gut besucht, jetzt sind es nur noch 40 Mitglieder, und die Versammlungen sind nur von 6-8 Kollegen besucht. Die Anderen sind in den Schnapsläden zu finden. In der letzten Versammlung wurde vom Kartellsiegler Bericht über das Gewerbege richt und das Gewerbeleistungsfest gegeben. Die Kollegen wurden erfreut, sich recht zahlreich an der Wahl des Beisitzer zum Gewerbege richt zu beteiligen, damit es nicht heißen kann, die Arbeiter wollen gar nichts haben. Ebenfalls zum Gewerbeleistungsfest am 28. Juli darf keiner fehlen. An Unterhaltung hierbei wird es nicht fehlen, vielmehr ist ein wahres Volksfest zu erwarten. Da wir nun in diesem Jahre zum ersten Mal den Umzug frei bekommen haben, müssen sich auch alle Kollegen daran beteiligen. Kollegen, erscheint in der nächsten Versammlung (27. Juli) recht zahlreich, denn es kann doch unmöglich so weiter gehen, wo sollen wir hin kommen, soll etwa die Zahlstelle eingehen? Das darf nicht geschehen!

Heilbronn. Am Sonnabend, den 13. Juli tagte im Gasthaus "Zur Stadt Frankfurt" unsere halbjährliche Hauptversammlung. Dieselbe wurde vom Vorsitzenden 8½ Uhr Abends eröffnet. Nach Erledigung einiger eingelaufenen Gegenstände wurde der Thätigkeits- und Kassenbericht vom 1. und 2. Quartal abgegeben. Nach demselben belaufen sich die Einnahmen auf 374 M. 20 Pf., die Ausgaben auf 102 M. 94 Pf., sodass ein Kassenbestand von 271 M. 26 Pf. sich ergibt; von welchem 232 M. 25 Pf. an die Hauptasse abgesetzt wurden. Nach dem Thätigkeitsbericht hat die hiesige Zahlstelle im Laufe der letzten 2 Quartale 79 neu eingetretene Mitglieder zu verzeichnen, muß aber leider auch 29 Austritte konstatieren. Un zugereisten Mitgliedern hatten wir 2, an abgetretenen dagegen 14 und ist die größere Zahl der abgetretenen Theils auf den slauen Geschäftsgang, der sich fühlbar macht, theils auf die großen Misstände, die hier hauptsächlich in den Bleiweißfabriken herrschen, zurückzuführen. Nach Erledigung dieses Punktes wurde vom Vorsitzenden bekannt gegeben, daß die ausgegebenen Sammellisten unverzüglich abgeliefert werden müssen. Wie aus einem Schreiben des Gauvorstandes hervorgeht, soll die diesjährige Gaukonferenz wahrscheinlich am 13. Oktober und zwar in Heilbronn stattfinden und werden deshalb verschiedene Anträge, die zu derselben eingeschickt werden sollen, vorgeschlagen und berathen. Nach Erledigung einiger aufgeworfenen Anfragen wurde die mittelmäßig besuchte Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

Küpferberg. Sonntag, den 7. Juli, tagte im Saale des Herrn Krämer eine öffentliche Fabrikarbeiterversammlung. Kollege Brandau referierte über das Thema: Die Lage der Arbeiter und Stand der Organisation. In eineinhalb Stunden Vortrag legte Redner die Lage und Stellung der Arbeiterinnen und Arbeiter klar und kritisierte scharf das Verhalten der Firma Bayer u. Co. Genannte Firma, welche ihren Arbeitern bei langer, gesundheitsschädiger Arbeit unzureichende Löhne bezahlt, entblödet sich nicht, ihren Arbeitern auch das Koalitionsrecht streng zu machen. So wurde zum Beispiel am 6. Juli ein Arbeitstag entlassen, weil er tags zuvor Lautzettel, zum Besuch der Versammlung auffordernd, verbreitet hatte. Trotzdem die ganze Woche über Arbeitsmangel geklagt wird, arbeitete ein Theil der Arbeiter am Sonntag. Jedenfalls glaubte man dadurch dem Besuch der Versammlung Abbruch thun zu können. Redner erörterte dann noch den Zweck der Organisation und forderte dann zum Beitritt auf. Es wurde dann beschlossen, eine Zahlstelle zu gründen. Eine Anzahl Personen trat sofort bei.

Stuttgart. Im Gewerbeausschuss sind fortgesetzt Klagen über die hiesigen Herbergen - laut geworden. Nahezu täglich handelt es sich um mangelnden Raum oder schlechte Behandlung der Reisenden oder das Zusammenbringen mit Leuten, deren nachträglicher Empfang bejohnt aus die jüngeren Kollegen nur an bekannt ist und vor dem sie zu führen eine der edelsten Aufgaben edel deyldender Menschen ist. Die wiederholten Schritte, die das Gewerbeausschuss zur Beleidigung der Uebelstände im Herbergswesen unternommen hat, sind leider ergebnislos geblieben. Deshalb sah das Kartell neulich, als es keinen anderen Ausweg sah, den Beschluss, beim Magistrat durch eine besondere Deputation vorstellig zu werden,

Einnahme.

Abschaltung für das 1. Quartal 1900.

Gewinnahme.

Ausgabe

Buchstellen	Durchsatz-	Guthaben am 1.1.	Guthaben am 31.12.	Ausgabe in den Buchstellen:		Gewinnahme und Ausgabe der Hauptkasse:	
				Streitfonds	Rechtsfonds	Streitfonds	Rechtsfonds
Magdeburg	1.	—	—	1050	81570	1965	—
Mannheim	1.	—	—	360	21765	420	—
Maisene	1.	—	—	540	93	980	—
Weissen	1.	156	6	680	6840	—	—
Mundenheim	1.	1869	—	6	15195	—	—
Mügeln	1.	—	—	90	435	5	—
Münden	1.	—	—	21	3810	—	—
Müntheim	1.	—	—	60	9060	210	—
Mühlheim a. M.	1.	—	—	120	8610	210	—
Münchien	1.	—	—	4440	1250	2655	2
Nedarau	1.	—	—	60	1880	75	22
Neustadt i. S.	1.	10	—	780	11575	255	—
Neumünster	1.	—	—	720	9540	293	39
Neuhaldensleben	1.	—	—	30	1035	150	—
Neufahrn	1.	—	—	60	22575	—	—
Niedarau	1.	—	—	2130	8585	—	—
Nienburg a. S.	1.	—	—	930	10545	—	—
Nienburg a. W.	1.	—	—	420	6285	45	2
Offenbach a. M.	1.	—	—	156	4545	—	—
Obernassel	1.	—	—	80	11860	3960	—
Ober-Rauhfang	1.	—	—	390	—	432	10
Oberstedt	1.	—	—	30	11910	570	—
Ochdruf	1.	—	—	210	8580	30	—
Ohsdorf	1.	—	—	1290	19215	2355	—
Ottensen	1.	4	20	350	3630	—	—
Osterode	1.	18	20	450	4560	—	—
Osternied	1.	—	—	570	22470	360	—
Paren	1.	3	—	750	2190	—	—
Pilsnitz	1.	—	—	660	243	525	—
Potsdam	1.	—	—	930	21930	—	—
Podejuch	1.	—	—	360	10425	890	10
Prag	1.	—	—	120	10845	750	—
Pragungstadt	1.	—	—	390	6375	1440	—
Radeberg i. S.	1.	—	—	570	25395	435	—
Ragnuhn	1.	—	—	660	63285	2977	4
Reichenberg	1.	—	—	8790	26580	98	5370
Reichenfeld	1.	—	—	2940	90780	—	—
Rieeldorf	1.	—	—	30	6075	—	—
Rogätz	1.	—	—	180	8190	180	—
Rübeland	1.	—	—	320	2835	582	—
Schweinfurt	1.	4	60	180	24015	156	9
Schrammed	1.	3860	—	450	32940	5085	490
Schrambeck	1.	—	—	156	3075	—	—
Schiffel	1.	—	—	4890	14415	1857	8
Schöningen	1.	—	—	3	6810	156	10
Schönebeck	1.	1	85	480	15825	1838	—
Schönigen	1.	—	—	90	16470	165	—
Schönigen	1.	—	—	36645	1112	10	55
Schönigen	1.	—	—	1530	16575	—	—
Schönigen	1.	—	—	120	4620	210	—
Schöningen	1.	—	—	1410	20940	885	1825
Schöningen	1.	—	—	780	282	165	21
Schöningen	1.	—	—	60	465	5257	340
Schöningen	1.	—	—	60	5440	840	—
Schöningen	1.	—	—	160	5955	165	—
Schöningen	1.	—	—	180	11850	885	—
Schöningen	1.	—	—	90	2975	1155	—
Schöningen	1.	—	—	90	16470	1190	—
Schöningen	1.	—	—	90	10815	1195	—
Schöningen	1.	—	—	41	9740	9740	—
Schöningen	1.	—	—	7135	855	8	5
Schöningen	1.	—	—	7135	9128	3800	15465
Schöningen	1.	—	—	5888	19410	945	29150
Schöningen	1.	—	—	5888	12675	1415	40380
Schöningen	1.	—	—	5888	24887	20	95095
Schöningen	1.	—	—	5888	4780	690	8050
Schöningen	1.	—	—	5888	12060	1575	20083
Schöningen	1.	—	—	5888	8890	580	8890
Schöningen	1.	—	—	5888	24887	635	73027
Schöningen	1.	—	—	5888	35220	4450	56950
Schöningen	1.	—	—	5888	25215	2285	41988
Schöningen	1.	—	—	5888	43570	840	107570
Schöningen	1.	—	—	5888	2025	4080	440
Schöningen	1.	—	—	5888	27390	4960	250
Schöningen	1.	—	—	5888	9812	3800	15465
Schöningen	1.	—	—	5888	19410	945	29150
Schöningen	1.	—	—	5888	12675	1415	40380
Schöningen	1.	—	—	5888	24887	20	95095
Schöningen	1.	—	—	5888	4780	690	8050
Schöningen	1.	—	—	5888	12060	1575	20083
Schöningen	1.	—	—	5888	8890	580	8890
Schöningen	1.	—	—	5888	24887	635	73027
Schöningen	1.	—	—	5888	35220	4450	56950
Schöningen	1.	—	—	5888	25215	2285	41988
Schöningen	1.	—	—	5888	43570	840	107570
Schöningen	1.	—	—	5888	27390	4960	250
Schöningen	1.	—	—	5888	9812	3800	15465
Schöningen	1.	—	—	5888	19410	945	29150
Schöningen	1.	—	—	5888	12675	1415	40380
Schöningen	1.	—	—	5888	24887	20	95095
Schöningen	1.	—	—	5888	4780	690	8050
Schöningen	1.	—	—	5888	12060	1575	20083
Schöningen	1.	—	—	5888	8890	580	8890
Schöningen	1.	—	—	5888	24887	635	73027
Schöningen	1.	—	—	5888	35220	4450	56950
Schöningen	1.	—	—	5888	25215	2285	41988
Schöningen	1.	—	—	5888	43570	840	107570
Schöningen	1.	—	—	5888	27390	4960	250
Schöningen	1.	—	—	5888	9812	3800	15465
Schöningen	1.	—	—	5888	19410	945	29150
Schöningen	1.	—	—	5888	12675	1415	40380
Schöningen	1.	—	—	5888	24887	20	95095
Schöningen	1.	—	—	5888	4780	690	8050
Schöningen	1.	—	—	5888	12060	1575	20083
Schöningen	1.	—	—	5888	8890	580	8890
Schöningen	1.	—	—	5888	24887	635	73027
Schöningen	1.	—	—	5888	35220	4450	56950
Schöningen	1.	—	—	5888	25215	2285	41988
Schöningen	1.	—	—	5888	43570	840	107570
Schöningen	1.	—	—	5888	27390	4960	250
Schöningen	1.	—	—	5888	9812	3800	15465
Schöningen</							

Gitarre ohne Anrechnung	10,-
Für Inserate	38,55
Für Protokolle	281,10
Zinsen pro 1900	2 352,88
Constitutive Einnahmen	573,07
Summa:	131 851,31 M.

Gesamtausgabe:

Umzugsgeld	137,50 M.
An gemäßregelte Mitglieder	1 318,80
Steuerfrei	49,60
Zuschuß an die Zahlstellen	806,25
Rechenschaft	309,05
Für Agitation	1 323,25
Für Bertrand des "Proletarier" Nr. 1-6	800,73
Für Buchbinderearbeiten	550,-
Druckkosten des "Proletarier" Nr. 20 bis 26	2 634,30
Nr. 1 bis 6	2 410,20
Druckarbeiten	2 221,25
Reiseunterstützung	10,75
Nothilfe-Unterstützung	225,-
Bureau-Miete, Reinigung, Heizung und Beleuchtung	76,40
Ergänzung der Verbandsbibliothek	16,50
Kassenrevision in Zahlstellen	5,50
Entschädigung für Besitzer und Revisoren	60,50
Gehälter	1 399,98
Entschädigung für den Ausschuß für Sitzungen und Porto	5,45
Honorar	25,-
Für Marken	145,-
Zeitungsbonnement	9,64

um diesem in müßiger Verhandlung die Nebelstände vorzutragen und zugleich einen Zug zur Abholung vorschlagen. Vorstufe richtete natürlich das Amt durch seinen Vorsitzenden ein Schreiben an den Magistrat, in welchem es unter letzter Darlegung von Zweck und Gründen um Gewährung und Festsetzung einer Audienz für die besondere Deputation bat. Auf dieses höfliche Schreiben ist dem Kartellvorsitzenden folgende, von dem durch seine schwarzen Listen in den weitesten Kreisen bekannt gewordenen Bürgermeister Reinhard unterzeichnete Antwort zu gegeben:

Majistrat zu Stofffurt. Stofffurt, den 21. Juni 1901.
Journal-Nr. 2991.

Auf die Einlage vom heutigen Tage wird Ihnen zum Bedenke ertheilt, daß wir keine Veranlassung haben, uns mit denjenigen Personen irgendwie einzulassen, welche sich hier als legitimes Gewerkschaftskartell aufgethan haben und die Geschäfte der Sozialdemokratie bejahren. Ihr Grund zu klagen vorhanden über Wohlstände, mit denen wir uns überhaupt reformmäßig zu befassen haben, so mögen die Geschädigten selbst sich an uns wenden.

Reinhard.
Die Kollegen werden aus diesem denkwürdigen schriftstellerischen Schreiben wohl ersehen, einesseits, daß der Majistrat von Stofffurt augenscheinlich nicht weiß, was ein Gewerkschaftskartell ist und welche Geschäfte es zu besorgen hat, andernteils, daß vorläufig keine Möglichkeit besteht, das Verbergewerbe in Stofffurt zu bessern. Wir müssen es den reisenden Kollegen dennoch überlassen, selbst zu entscheiden, ob sie es rätseln wollen, in Stofffurt zu übernachten und eventl. sich nächst bei dem Majistrat zu beschweren, bemerken aber ausdrücklich, daß wir nach dieser Bekanntgabe die Verantwortung für etwaige unliebsame Erfahrungen auf Stofffurter Reisenden abstoßen.

Winterhude. (Sektion der Bleicherarbeiter und Blätterträger.) Am 9. Juli tagte im Lokale des Herrn Schmalbach eine Mitgliederversammlung. Der Kollege Ulrich gab Bericht über das Ergebnis und die Verhandlungen mit dem Vorstand des Vereins der vereinigten Bleicher von 1874. Kollege Borger führte aus, daß durch den Verband ein Urteilssatzurweis geändert werden soll, ebenfalls mit den Arbeitgebern gemeinsam. Der Vorstand des Bleichtvereins hat bereits einen Nachweis erbracht, der im Oktober eröffnet wird. Unterlieft wird nun verlangt, daß zwei Kollegen zur Kontrolle herangezogen werden sollen, das ist von Seiten der Bleicher auch zugesagt. Kollege Ulrich läßt den Bleichern vor, eine Regelung des Lehrlingswesens vorzunehmen, den Blätterträgern die Überleiter zu bezahlen und ganz besonders das Kosten- und Lohnwesen im Jahre zu verbessern und mit der Zeit ganz zu befezten. Es werden dann noch einige Blätterläde zur Sprache gebracht, deren Ueberige Abstellung angestrebt werden soll.

Kolleginnen, Kollegen!

Dankt an den Streifonds! Neben den Marken à 25 und 50 Pf. sind auch Listen von uns zu haben.

Mit kolleg. Gruß
Aug. Brey.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen

Gas 4. Bis Delfau. Vorl. Franz Kriegel, Friedhofstraße 1. Schlossstr. 14. Borsigstr. 1, 2. Et.
Winterfeld. Schloss Gauenhauer, Sommerstr. 29, 1. Et.
Brunnthal. Carl Röntz, Brunnenstraße.
Göttingen. Ludwig Dörden, Borsigstraße 11/12, 2. Et.
Sieg in Siegen. (Post 15) Jost Zeitmann, Josephstraße 11.
Krauthausen. 1. Borsigstr. 10. Borsigstr. 10. Borsigstr. 11. Borsigstr. 12.
Wurmtalheim. Weidelsbüttel, Sankt Jakobstr. 7, 1. Et.
Wiesbaden. 10. Post. Borsigstraße 294.

Erbbetafel.

1848. Geb. 1848, gestorben am 24. Februar 1848, eingesetzt am 1. März 1868, gehörten am 1. Juli 1891 zu Elmetern.
1849. Geb. 1849, II, geboren am 22. Januar 1868, eingezettet am 18. März 1888, gestorben am 19. Februar 1894.
1850. Geb. 1850, geboren am 17. August 1864, eingesetzt am 14. Mai 1886, gestorben am 11. April 1901 zu Elmetern.
1851. Geb. 1851, geb. am 26. August 1870, eingesetzt am 21. August 1886, gestorben am 23. Januar 1891.
1852. Geb. 1852, geboren am 6. August 1861, eingesetzt am 15. Februar 1886, gestorben am 20. Februar 1891.
1853. Geb. 1853, geboren am 4. Januar 1862, eingesetzt am 27. Januar 1888, geb. am 9. Juli 1891.

Inserate betr. Auszug fernhalten	18,- M.
Bindfäden, Lederpappe, Pergament	56,92
Schreibwaren	7,50
Porto für Briefe und Pakete des Vorsitzenden	410,77
Porto für Geld, Briefe und Karten des Kass.	81,64
Verbandsutensilien-Umzug	12,50
Medaillen unterschlagen	79,65
Medaille eingesandtes Geld zurückbezahlt	102,-
Summa:	15 360,63 M.

Vilanz:

Gesamteinnahme	181 851,31 M.
Gesamtausgabe	15 360,63
Bleibt Kassenbestand	116 490,68 M.

Abrechnung des Streifonds.

Einnahme:

Bestand des Streifonds vom vorigen Quartal	18 000,84 M.
In freiwilligen Beiträgen gingen ein	4 344,38 M.
Durch Marken ging ein	3 499,85
Barüberzahlung	169,90
Sonstige Einnahmen	25,74
Aus Listen	1 790,47
Summa:	27 831,18 M.

Ausgabe:

Halberstadt	3 018,- M.
Bremen	973,60
Dessau	340,-
Mainz	600,-
Frankfurt a. M.	1 434,55

Zur Beachtung!

Im Monat August ist die Extrasteuer à Mitglied 10 Pf. zu entrichten, die Bevollmächtigten und Hilfskassirer werden eracht, Sorge zu tragen, daß alle Kolleginnen und Kollegen die Extrasteuer entrichten.

Mittung.

Es werden nur die Gesamtsummen quittiert, eine Spezialisierung derselben erfolgt an dieser Stelle nicht mehr.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 10. Juli folgende Beträge ein:

Altenburg (S.-A.) 198,59. Anderten 14,50. Speyer 218,17. Ohlsdorf 69,40. Rosien 7,65. Marne 38,65. Kelheim 25,85. Regen 50,24. Halberstadt 264,08. Harburg 6 483,21. Heilbronn 237,40. Hirschheim 15,-. Hamburg. Gewerkschaftskartell, 2. Rate 150,-. Wandsee 307,-. Niederndodeleben 98,45. Holzen 81,95. Hamburg St. Georg 100,-. Neumünster 106,39. Altona 113,65. Winterhude 161,35. Glücksburg 274,85. Gladbeck 37,50. Heidenau 55,45. Dietrichstein 18,40. Ehingen 34,-. Gutin 85,81. Greifswald 303,80. Rosenheim 2,50. Seligenstadt 46,25. Herren 16,42. Schiffbau 416,75. Frankenhausen 94,31. Melkior 15,62. Lauenburg 130,10. Kellinghusen 40,-. Stolzenburg 34,50. Dresden 112,80. Unterlüß 42,10. Augsburg 27,25. Braunschweig 1558,84. Hamburg 435,97. Magdeburg 485,48. Einbeck 185,75. Hienburg a. S. 157,30. Pinneberg 106,93. Jagnic 73,40. Brunsbüttel 43,96. Brudersk 26,55. München 695,35. Bergedorf 533,76. Reckahn 16,80. Lehnin 389,52. Tangermünde 50,05. Stadtkl. 15,43. Glin 39,15. Wandsee 977,32. Igelshof 215,68. Rommers 107,20. Berder 20,-. Belgard 38,80. Ohlsdorf 74,35. Gevelsberg 11,35. Schwabach 3,90. Hof 2,80. Börbig 60,75. Apentade 216,46. Dödenhude 9,80. Blankenburg 119,69. Kaiserstuhlen 51,22. Wismar 39,40. Quedlinburg 39,10. Freienwalde 60,-. Caputh 66,55. Landsbut 34,-. Parey 66,60. Brandis 83,60. Augsburg 60,75. Österode 55,66. Hirschberg 58,65. Börbig 19,95. Wigenhausen 18,40. Eisenburg 25,41. Uetersen 58,35. Hamburg. Gewerkschaftskartell 270,-. Holzm 30,75. Wallerhausen 57,40. Sonnenheim 54,60. Köln-Eppendorf 86,85. Eggers 11,50. Steppin 25,65. Umm a. d. D. 33,80. Oggelshausen 27,57. Stofffurt 154,80. Osterried 189,95. Bregenzheim 121,30. Leisig 17,70. Einbeck 265,01. Dödenhude 5,-. Roß 37,60. Barnstedt, gesammelt von sämtlichen Zahlstellen Hamburgs 430,-. Potsdam 257,25. Delmenhorst 253,93. Oberstedt 114,40. Stellingen 249,38. Charlottenburg 170,83. Aten 93,95. Holzen 81,25. Georgswärder 62,10. Neu-Wilhelms 58,75. Wolfenbüttel 55,57. Spandau 33,35. Bilsdorf 29,75. Neustadt i. O. 23,53. Hagen i. W. 20,50. Küseland 4,65. Brandis 4,-. Welschburen 7,75. Reckahn 5,-. Mortor 40,-. Großlöhne 42,-.

Im 12. des "Proletarier" muß es heißen: 2. Hamburger Wahlkreis, 61. Bezirk 10 M. für den Streifonds freiwil-

dig. Schie Dienstag, den 23. Juli, Mittags 12 Uhr.

Inserate.

Zahlstelle Bergedorf.

Am Sonntag, den 4. August 1901, bei Herrn Gloers, Bergedorfer Schule:

9. Sommervergnügen,

verbunden mit Preissiegeln, Preisblättern, Damen- und Kinderbelustigungen, unter gütiger Mitwirkung des Musikclubs der Gladtmacher Bergedorfs. Komischer Nachmittagspreis 2 Uhr vom Vereinslokal „St. Petersburg“. Preis der Rente 50 Pf.

Um zahlreiche Beteiligung erachtet
2,40 M.

Das Festkomitee.

Wahlstelleveranstaltungen jeden zweiten Sonnabend im Kloster im Bielefeld „St. Petersburg“.

Zahlstelle Braunschweig.

Sonntag, den 4. August 1901:

Sommervergnügen

im „Hofjäger“, Wolfsbüttelerstraße, bestehend in Konzert, Theateraufführungen und Kinderbelustigung, unter freundschaftlicher Mitwirkung des Theatervereins „Freie Bühne“. Eintritt 50 Pf. Nach dem Konzert Ball. Anfang 4 Uhr. Preis der Programme im Vorberlauf 15 Pf., an der Ecke 25 Pf.

Dieses haben freudigst ein

N.B. Jedes Kind erhält zur Beteiligung ein Sammelpäckchen gratis.

Zahlstelle Bremen.

Diensdag, den 5. August, Abends 8 Uhr, im Vereinshaus, Lindenstr. 21-22; Versammlung sämtlicher Mitglieder des Bremischen Gewerkschaftsbezirks, Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und der Mitglieder der Gewerkschaftsunterstützungsfeste. Wegen Befestigung der Fagottsonnen ist Einschrein zu empfehlen. 2,10 M.

Der Einberuber.

Bassendorf	181,85 M.

<tbl_r cells="2" ix="3" maxc

Beilage zum Proletarier.

Hannover, 27. Juli 1901.

10. Jahrg.

Nº 15.

Die Gewerbegechtsnovelle

ist vom Bundesrat angenommen und tritt mit dem 1. Januar 1902 in Kraft. Wir geben hier die wichtigsten Bestimmungen des neuen Gesetzes wieder.

Dem § 1 wird folgender neuer § 1a hinzugefügt:

§ 1a. Für Gemeinden, welche nach der jeweiligen letzten Volkszählung mehr als zwanzigtausend Einwohner haben, muss ein Gewerbegericht errichtet werden. Die Landes- und Zentralbehörde hat erforderlichenfalls die Errichtung nach Maßgabe der Vorschriften des § 1 Abs. 5 anzurufen, ohne daß es eines Antrages beteiligter Arbeitgeber oder Arbeiter bedarf.

Der § 5 erhält einen Zusatz mit dem Titel: § 5 Abs. 2. Schiedsverträge, durch welche die Zuständigkeit der Gewerbegeichte für künftige Streitigkeiten ausgeschlossen wird, sind nur dann rechtswirksam, wenn nach dem Schiedsvertrag bei der Entscheidung von Streitigkeiten Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Zahl unter einem Vorstande mitzuwirken haben, welcher weder Arbeitgeber oder Angestellter eines beteiligten Arbeitgebers noch Arbeiter ist.

Hinter § 55 wird folgender neuer Paragraph eingestellt:

§ 55a. Die Anfechtung einer Entscheidung des Gewerbegeichten kann auf Mängel des Verfahrens bei der Wahl der Beisitzer oder auf Umstände, welche die Wählbarkeit eines Beisitzers zu dem von ihm bekleideten Amt nach Maßgabe dieses Gesetzes ausschließen, nicht gestellt werden. Diese Vorschrift findet keine Anwendung, wenn die Anfechtung darauf gestützt wird, daß ein Beisitzer zu den im § 10 Abs. 2 bezeichneten Personen gehört.

Der § 61 erhält folgende Fassung:

§ 61. Das Gewerbegericht kann bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses als Einigungsamt angerufen werden.

Hinter § 62 werden folgende neue Paragraphen eingestellt:

§ 62a. Erfolgt die Anrufung nur von einer Seite, so soll der Vorsitzende dem anderen Theile oder dessen Stellvertretern oder Beauftragten Kenntnis geben und zugleich nach Möglichkeit dahin wirken, daß auch dieser Theil sich zur Anrufung des Einigungsamtes bereit findet.

§ 62b. Auch in anderen Fällen soll der Vorsitzende bei Streitigkeiten der im § 61 bezeichneten Art auf die Anrufung des Einigungsamtes hinzuwirken suchen und dieselbe den Beteiligten bei geeigneter Veranlassung nahe legen.

§ 62c. Der Vorsitzende ist befugt, zur Einleitung der Verhandlung und in deren Verlauf an den Streitigkeiten beteiligte Personen vorzuladen und zu vernehmen. Er kann hierbei, wenn das Einigungamt gemäß § 62 oder § 62a angerufen worden ist, für den Fall des Nichterscheinsens eine Geldstrafe bis zu einem hundert Mark androhen. Gegen die Fortsetzung der Strafe findet Beschwerde nach den Bestimmungen der §-B.-O. statt.

Eine Vertretung beteiligter Personen durch deren allgemeine Stellvertreter (§ 45 der Gewerbeordnung), Prokurratoren oder Betriebsleiter ist zulässig.

Der § 63 erhält folgende Fassung:

§ 63. Das Gewerbegericht, welches als Einigungamt thätig wird, besteht neben dem Vorsitzenden aus Vertrauensmännern der Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Zahl.

Die Vertrauensmänner sind von den Beteiligten zu bezeichnen. Erfolgt die Bezeichnung nicht, so werden die Vertrauensmänner durch den Vorsitzenden ernannt.

Einigen sich die Beteiligten über die Zahl der zu zuziehenden Vertrauensmänner nicht, so ist die Zahl derselben auf mindestens zwei für jeden Theil zu bestimmen.

Die Vertrauensmänner dürfen nicht zu den Beteiligten gehören.

Der Vorsitzende ist befugt, eine oder zwei unbeteiligte Personen als Beisitzer mit beruhender Stimme einzuziehen; vor der Bezeichnung sind die beiden Theile zu hören.

Im § 64 erhält der zweite Satz des Absatzes 1 folgende Fassung:

§ 64. ... Das Einigungamt oder, im Falle des § 62a, der Vorsitzende des Gewerbegeichten, ist befugt, zur Ausklärung der in Betracht kommenden Verhältnisse Auskunftspersonen vorzuladen und zu vernehmen.

Im § 67 Abs. 2 Satz 2 werden die Worte: „Beisitzer und“ gestrichen.

Hinter § 69 wird folgender neuer Paragraph eingestellt:

§ 69a. Das Gewerbegericht als Einigungamt ist nicht zuständig, wenn bei der Streitigkeit ausschließlich Innungsmitglieder und deren Arbeiter beteiligt sind, und für die Innung zur Erfüllung der in § 81a Nr. 2 der Gewerbeordnung bezeichneten Aufgabe ein beiderseitiges Einigungamt besteht, dessen Zusammensetzung und Thätigkeit durch das Statut entsprechend den Bestimmungen der §§ 62 bis 69 dieses Gesetzes geregelt sind. Rufen beide Theile das Gewerbegericht als Einigungamt an, so ist dieses auch bei solchen Streitigkeiten zuständig.

Dies die wichtigsten Änderungen des Gesetzes. Man kann nicht sagen, daß dadurch alle Mängel beseitigt werden, im Gegenteil, eine ganz nette Kollektion von Fehlern wäre noch zusammenzustellen, die die Novelle unberührt läßt. Aber ein kleiner Fortschritt, den auch wir begrüßen, besteht darin, daß erstmals die Gewerbegeichte für Städte mit über 20 000 Einwohnern obligatorisch werden, daß dem Homburg, die Zuständigkeit des Gewerbegeichten, durch Abschaffung von Schiedsverträgen auszuschalten, durch den § 5 Abs. 2 ein zweiter Krieg vorgezogen wird. Es darf der Vorsitzende weder Arbeitgeber, noch Arbeiter, noch Angestellter der beteiligten Arbeitgeber sein. Ferner ist nicht zu verkennen, daß die neue Umgrenzung der Thätigkeit des Gewerbegeichten als Einigungamt als ein Vorwärtsstreiten angesehen werden muß. Das Gehulde des Schärfsachers gerade gegen diese Bestimmung ist hinlänglicher Beweis.

Soziale Rundschau.

— Die Zahl der jugendlichen Fabrikarbeiter ist, wie die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten lehren, in den letzten Jahren in beständigem Wachsen gewesen. Das Bedeutlichste dabei ist, daß gerade die Beschäftigung der Kinder unter 14 Jahren im letzten Jahrhundert ganz außerordentlich stark zunommen hat. Während 1895 nur 2669 Knaben und 1658 Mädchen in Fabriken beschäftigt waren, betrugen die entsprechenden Zahlen 1899 bereits 4497 und 2911; die Gesamtsumme dieser in den Fabriken thätigen Kinder war also von 1327 auf 7408 gestiegen, oder um fast

75 Prozent in fünf Jahren. Etwa ein Viertel dieser Kinder wurde in der Textilindustrie beschäftigt, die von jeher wegen der in ihr üblichen Kinderarbeit vertreten gewesen ist, ein Fünftel etwa kam auf die Industrie der Erden und Steine, je ein Zehntel auf die Metallverarbeitung und die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel; der Rest verteilt sich auf die übrigen Gewerbe. Die Mädchen fanden vorwiegend in der Textilindustrie, die Knaben in der Industrie der Erden und Steine Verwendung. — Die Zahl der jungen Leute von 14–16 Jahren ist von 143 000 Knaben und 74 000 Mädchen im Jahre 1895 auf 196 000 Knaben und 98 000 Mädchen im Jahre 1899 angewachsen, also von 217 000 auf 295 000 in einem Jahrhundert. — Die Zahl der erwachsenen Arbeiterinnen ist in dem gleichen Zeitraume von 260 000 im Alter von 16–21 Jahren auf 297 000 gestiegen, bei den über 21 Jahre alten Arbeiterinnen war eine Zunahme von 403 000 auf 501 000 zu verzeichnen. Die Zunahme war also am stärksten bei den noch im schulpflichtigen Alter stehenden Kindern, und das ist ein Krankheitssymptom, auf das man nicht früh und nicht nachdrücklich genug aufmerksam machen kann, zumal in Zeiten sinnender Konjunktur, wo die Neigung zur Beschäftigung schlechtbezahlter Kinder und Frauen ohnehin bedenklich g zunehmen pflegt.

— Die Rolle der Aktionäre. Wie die „Kreuz-Zeitung“ wissen will, reuert man an der Börse Denjenigen, der sein Geld in Aktien anlegt, „den dümmsten Kerl von der Welt“.

Machte sich jeder Aktionär klar, daß seine Beteiligung an der Gesellschaft die reinste Vertrauenssache ist, so würde er sich wohl zehn Mal besinnen, ehe er sein gutes Geld hingibt für einen im Marktpreise allen Gefahren ausgesetzten Werttitel. Die Rechte des einzelnen Aktionärs sind ganz minimal; er kann wohl, wenn er Lust hat, in der Generalversammlung seine Meinung äußern, er kann sich auch an der Wahl zum Aufsichtsrath beteiligen; aber er wird bei der Ausübung dieser Rechte stets die Erfahrung machen, daß er sich einer „kompakten Majorität“ und einer „abgefarteten Sache“ gegenüber befindet. Ein Mal geht er vielleicht in die jährliche Generalversammlung, dann unterläßt er es als nutzlos. Tritt eine Krise in der Entwicklung der Gesellschaft ein, so pflegen sich berufsmäßige Generalversammlungsredner zur Vertretung der Minoritäten anzubieten; sie erhalten auch meist eine Anzahl Mandate und geben sich alle Mühe, den Vorstand zu ärgern; Resultate, die dem Gedanken der Gesellschaft förderlich wären, erzielen sie selten, denn es ist ihnen mehr um die rednerische Sensation zu thun. Selbstverständlich pflegen die Direktoren eine viel gründlichere Sachkenntnis zu haben, als die Aktionäre sich je verschaffen können, und außerdem sind sie in der „Bearbeitung“ einer Versammlung durch lange Übung wohl bewandert. Wie viel da ein einzelner Aktionär, der nicht für sich und seine Freunde mehr als die Hälfte des Aktienkapitals vertritt, seinem Interesse Nachdruck verleiht? Nicht einmal auf die Wahl des Vorstandes, der für die Gesellschaft allein zu handeln befugt ist, steht der Generalversammlung fast aller Gesellschaften ein Einfluß zu. Diese Wahl nimmt in der Regel der Aufsichtsrath vor, und der ist selbst meist der Generalversammlung, ohne daß sie es vielleicht merkte, aufsitzt. Der parlamentarischen Listen gibt es ja hier wie überall unzählige.“

Am Ende hat der Schreiber sachmännische Kenntnisse auf besagtem Gebiete sich erworben. Er scheint mit seiner Schilderung den Nagel auf den Kopf zu treffen, denn mehr als ein Streik der Arbeiter von Aktiengesellschaften gehörenden Fabriken hat sich in Deutschland abgespielt, dessen Beendigung zu Gunsten der Arbeiter mancher Aktionär wünschte, gleichwohl verschwendeten Direktoren und Aufsichtsrath lieber Hunderttausende zur Bekämpfung der Arbeiter, als ihnen entgegen zu kommen. Diese Herren sind eben die Macher.

Vom sozialen Kampfplatz.

— In Harburg waren am 10. Juli noch 153 Kollegen und 163 Kolleginnen nicht wieder eingestellt. Die Streikenden haben zusammen 387 Kinder unter 14 Jahren. Bei Einstellung der Arbeitskräfte bedient sich die Fabrik einer sogenannten Mustierungskommission. Diese wird gebildet aus einem Techniker, einem Maurer und zwei Tischlern. Da diese Leute kaum in der Lage sind, die praktische und körperliche Leistungsfähigkeit der Arbeiterinnen und Arbeiter beurtheilen zu können, so wird es offenbar, welches der eigentliche Zweck dieser Mustierung ist: Er dient der Gefinnungskriecherei. Es soll dabei herausgeschmäler werden, ob die sich meldenden Verbandsmitglieder, Sozialdemokraten oder Besucher des Blankenburg'schen Lokales sind. Man gerät wahrschäsig in Zweifel, wem man die größere „Achtung“ bezeuge soll, Denen, die im Größenwahn den Aufrug zu einer so ekeligen Gefinnungskriecherei geben, oder Denen, die sich dazu hergeben! Die Heineschen Verse vom Rabbi und Mönch, fallen einem unwillkürlich ein.

Andere Unternehmer machen mit der Gummiraffinerie bei der Aushungierung von Arbeitern gemeinsame Sache. Eine Arbeiterin, die am Streik auf der Gummiraffinerie

beteiligt war, aber bis heute noch nicht wieder eingestellt worden ist, erhielt auf der Rutesfabrik Arbeit, wo ihr mitgeteilt wurde, daß sie nach 6 Tagen einen Kontrakt unterschreiben müsse. Danach ist anzunehmen, daß die Rutesfabrik die Absicht gehabt hat, mit der Arbeiterin einen Arbeitsvertrag abzuschließen. Nach etwa 3 Tagen erhielt alsdann die Arbeiterin von ihrem Vorgesetzten die Mitteilung, daß sie während des Streiks Arbeitswillige belästigt habe und daher wieder entlassen werden müsse. Nun ist es ja richtig, daß die Arbeiterin, weil sie eine Arbeitswillige beleidigt haben soll, vom heutigen Schöffengericht abgeurteilt wurde. Gegen dieses Urteil hat sie jedoch Berufung eingelegt und ist somit das letzte Wort noch nicht gesprochen. Sollte wirklich eine Bestätigung des ersten Urteils erfolgen, so ist damit doch die That gesühnt. Das weitere Fortkommen der Arbeiterin ihrer Bestrafung wegen unmöglich zu machen und ihr dadurch die Gelegenheit zum Broterwerb für „... und ihr Kind zu nehmen, das ist ein Vorrecht, ... sich selber rächt! Solche Thaten sind verdammt nicht dazu angehalten, das herbeizuführen, was die Ausbeuter so sehnlichst wünschen: Gleichgültigkeit der Arbeiter gegen die Gewerkschaftsorganisation. Solche Handlungen prägen sich dem Gedächtniß der Unterdrückten und Ausgebetteten unauslöschlich ein, das wird die Harburger Schärfsächerlique noch erfahren. Sie wundert sich noch darüber, wenn die von ihr jetzt ausgestreute Saat in die Halme schiebt.

Das „Harburger Volksblatt“, dem wir natürlich auch die Verantwortung überlassen müssen, bringt folgende Notiz:

Für die gehobte Mehrarbeit aus Anlaß des Gummirbeiterstreiks hat, wie uns von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, die Fabrik den in Betracht kommenden Polizeibeamten eine Gratifikation zu Theil werden lassen. Die Nachtwächter sollen je 15 Mk., die Nachtpolizisten 30 Mk. und die Sergeanten je 50 Mk. durch Vermittelung der Behörde erhalten haben.

— In der Düngersfabrik von Schönebeck a. d. Elbe, L. A. Kühn, waren fürzlich ernste Differenzen ausgebrochen. Der Fabrikbesitzer mußte seinen Arbeitern eine Lohnreduzierung zu, die für jeden Arbeiter eine Minderung des wöchentlichen Lohnes von 1,50 bis 2 Mark im Gefolge gehabt hätte. Der Herr Kühn machte für sich geltend, daß er den Schaden, den der schlechte Geschäftsgang mit sich bringt, nicht allein tragen könnte, übrigens mühte er schon deshalb den Lohn reduzieren, daß er mit den anderen Dingerfabrikanten konkurriren könnte. Die angekündigten Verhandlungen hatten den Erfolg, daß die Reduzierung wieder zurückgenommen wurde. Erst im vorigen Jahre hatten die Arbeiter eine Erhöhung ihres Lohnes von etwa 12 Prozent durchgeetzt. Über nach kaum 6 Monaten machte Herr Kühn den Versuch, seinen Arbeitern diese Erhöhung wieder zu nehmen. Da nun die Arbeiter schon damals in der Mehrzahl organisiert waren, war es ihnen möglich, den ertrungenen Lohn zu erhalten. Unsere Kollegen werden hieraus wieder die Lehre ziehen können, daß sie feststehen müssen und daß sie sernerhin mehr Sorge zu tragen haben für die Ausbreitung unseres Verbandes.

— Deutsche Streikstatistik. Die amtliche Statistik über die Streiks im Jahre 1900 ist erschienen. Darnach wurden im genannten Jahre 1462 Streiks begonnen (darunter 48, die schon 1899 begonnen wurden), und 1433 Streiks beendet. Von den beendeten Streiks wurden 7740 Betriebe betroffen, in denen 298 819 Personen beschäftigt waren; 46 782 davon waren noch nicht 21 Jahre alt. Zum vollen Stillstand waren dadurch 2733 Betriebe gekommen, und unter diesen befanden sich 2382, wo der Streik den Gesamtbetrieb und nicht bloß Theile davon ergriffen hatte. In den Betrieben, die als Ganzes vom Streik ergriffen wurden, waren 142 842 Arbeiter beschäftigt, darunter 21 641 unter 21 Jahren. In den Betrieben, wo nicht der Gesamtbetrieb am Streik beteiligt war, waren in den ergriffenen Theilen noch 52 904 Personen beschäftigt einschließlich der 7326 unter 21 Jahren. Es waren also in vom Streik ergriffenen Gesamtbetrieben und Betriebsteilen insgesamt 205 746 Personen beschäftigt, darunter 29 167 unter 21 Jahren. Die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden betrug 122 803.

Von der Agitation.

Im Auftrage des Gauvorstandes des Gaues 3 unternahm Endes unterzeichnete eine Agitationstour durch eine Reihe von Orten der Provinz Sachsen während der Zeit vom 15. bis 30. Juni.

Die erste Versammlung lagte in Magdeburg-Neustadt. Sie war, da unsere Kollegen gut agitiert hatten, auch gut besucht. Jedoch waren es die Organisatoren, die den größten Prozentsatz der Versammlungsbeteiligung stellten. Ein Dutzend Neuauftakten wurden gemacht.

In Neuhaldensleben, wo am Sonntag Nachmittag die Versammlung stattfand, hätte mindestens das Lokal nichtzureichen müssen, wenn man die Tausende von Arbeitern, die hier in den verschiedenen Fabriken frohenden, in Betracht zieht, daß dessen war es kaum gefüllt. Ein Dutzend neuer Mittäuscher ward auch hier gewonnen.

In Süderhutte war der Besuch ein leidlicher. Wenn man allerdings erwägt, welch ein Fabrikort Sudenburg ist und wie überaus verbessерbedürftig die Wohn- und Arbeitsverhältnisse sind, hätte man andere Resultate erwarten sollen. Auch hier wurden einige neue Mittäuscher dem Verbande zugeschlagen.

In Groß-Ottersleben, wo die Organisationsarbeit unserer Kollegen durch die polizeilichesweise erfolgte Schlüpfung unserer Zahlstellen vor der Hand lag, gelegt war, stand eine gute Befüllte Versammlung statt. In derleben wurden etwa ein

In Olvenstedt haben unsere Kollegen und Kolleginnen,

Im Sommer ist es gelaufen, welche streiken und kontrahieren, lautere Landarbeiter, schon verschiedenes Mal, seitdem sie dem Verbande angehören, eine Lohn erhöhung durchgesetzt. Das erste Mal haben die Männer eine Lohn erhöhung von 11 auf 15 Ml. pro Woche erhalten und diesen Frühling eine solche von 15 auf 16 Ml. Die Frauen haben bei der ersten Lohn erhöhung der Männer eine solche von 1 Ml. pro Tag auf 1.20 Ml. erhalten. Waren alle die in Olvenstedt in der Landwirtschaft beschäftigten Frauen, und das sind viele Hunderte, organisiert, so hätten sie diesen Frühjahr jedenfalls einen Tagelohn von 1.50 Ml. sich erringen können. Die Versammlung am 19. Juni war gut besucht, obgleich eine große Anzahl Personen bei der Ernte bis in den späten Abend beschäftigt waren.

In Niederndodeleben hat unsere noch junge Zahlstelle durch die Entziehung des Lokals gelitten. Eine Reihe noch Wankelmüthiger sind wieder abgesprungen. Jetzt, da das Lokal wieder erobert, gilt es, die Schäze nicht nur auszumachen, sondern energisch unter den bisher Fernstehenden zu agitieren. Die Versammlung war gut besucht und brachte auch einige Neuaufnahmen, jedoch zeigte sich auch hier wieder, daß man in ländlichen Orten am erfolgreichsten im Spätherbst und Winter agitiert, wenn's mit der Arbeit nicht so preßt und die Leute frischer sind.

In Niedernbodeleben und der ganzen Umgegend sind tausende Landarbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, also noch ein weites Feld der Agitation. An dem Unterschied in den Löhnen der Arbeiter in Obersiedlitz und Niedernbodeleben kann man so recht die Macht der Organisation ermessen. Zw ersteren Orte, wo die männlichen Arbeiter fast alle organisiert sind, beträgt der Wochenlohn 16 Mark, im letzteren, wo wir erst einen kleinen Prozentsatz der männlichen Arbeitnehmer im Verband haben, dagegen 10 Mark, ausnahmsweise einmal 11 Mark. Die Frauen in R. erhalten ebenfalls nur 1 Mark.

In Gommern, wo die Steinbrucharbeiter bereits 20 Wochen im Kampfe sich befinden, weil man ihnen für ihre ungesundheitsschädliche Arbeit keine 30 Pf. Stundenlohn zahlt will, war eine glänzende, von mindestens 1000 Personen besuchte Versammlung. Dabei sind die meisten Streitenden, etwa 400 Mann, abgeteilt ins Westfälische und Braunschweigische. Fast die Hälfte der Versammlungsbefürcher waren Frauen, von denen sehr viele in einer Filzpanoffelfabrik oder für dieselbe arbeiten unter geradezu standlosen Verhältnissen. Nach Beendigung des Streiks wird es gelten, diese der Organisation zuzuführen.

Unsere Schönebecker Kollegen hatten sich 3 Tage ausgebeten, um in Salze und Frohje ebenfalls eine Versammlung zu arrangieren. Meines Erachtens wäre es richtiger gewesen, wenn anstatt dieser drei eine Versammlung im Schönebecker Stadtpark stattgefunden hätte.

In Stöhr wurden dem Verbande 18 neue Mitstreiter gewonnen.

So schnell und gut sich die S^tadtöñebe der Zahlstelle bis jetzt entwickelt hat, so energisch muß auch in Zukunft weiter getürt und organisiert werden, bei dem weiten Feld, das noch er Bearbeitung harrt. Selbstverständlich können die Bevollmächtigten, die ohnehin schon über ihre Straft arbeiten müssen, es nicht allein, da sollten alle Kollegen und nicht minder die Kolleginnen helfen, statt durch Körgeleien und persönliche Feindseligkeiten den Mitgliedern den Versammlungsbesuch zu verhinden und den Bevollmächtigten den Nutzen und die Arbeitsfähigkeit zu rauben. Sieht man die Unzahl Fabriken in Schürebei und die Tausende von Arbeitern, die zur täglichen Arbeit allmorgendlich sich einfinden, begreift man umso mehr den Haß der Unternehmer gegen die Organisation, sie werden melden wie weißt du der böhmische Senator: „Heh! wenn es gelungen ist, die Slaven einzufallen, sich zu zählen.“ Da wär's schai mit der maschinen Wissenschaft.

Von der Versammlung in Sorge ging's Sonntag Abend nach Diesdorf. Schon von weitem sah man die schwarzen-weißen Fahnen wehen, die uns fand thaten, daß man ein Fest und zwar ein hohdpatriotisches, das Landwehrfest, feiere. Das hatte unsere Hoffnung auf Ständigkeit einer Wahlstelle tatsächlich niedergeschraubt. Aber wider unser Erwarten fanden wir eine von etwa 200 Personen besuchte Versammlung, die mit der größten Unzufriedenheit dem Referate über „Der Kampf ums Vorlein“ folgte. Nachdem dann den Anwesenden die Stimmen unseres Verbandes in großen Zügen ausgelegt, waren für 21 Personen abzuhören. Die Handhabung der Gesetze wurden dem Genossen Schulz, einem bei unausgesetzter Fertigkeit in der Arbeiterbewegung eingesetzten Manne, übertragen, der versprach, wie bisher, so auch für unsere Organisation unverzüglich richtig zu sein.

Ein neuer Anknüpfungspunkt sollte ebenfalls gesucht werden in Bielefeld. Da die Arbeiter hier leider nur ein kleines Lokal zur Verfügung hielten, war es bald gefüllt und damit die Erwartungen mit höchstem Interesse dem Rektorfolgt wurden 18 Neuaufnahmen für unseren Verband getragen.

Eine glänzend befürchtete Versammlung tagte in Langenau, wo auf der Buderachse mindestens 1700 Arbeiter und Arbeitnehmer beschäftigt sind, von denen leider wenig organisiert. Wie die Firma es prächtig versteht, ihre Arbeiter zur Produktionsförderung zu erziehen und sich damit billige und billige Arbeitskräfte zu erhalten, gewahrt man am besten, wenn man die für Arbeiter und Arbeitnehmer erbaute Römerhalle flambieren will. Für 450 RM erhalten die Arbeiter dort Platz und Sitz für die Woche. Das Regis besteht aus 1000, in denen 4 bis 8 und 10 Personen gemeinsam wohnen. Dazu hat eine ältere Bettstube, einen Strohsack und selbst eine Bettdecke. Sein Spülstein, kein Bettdecke, kein Bettzeug, alle billiger als im Gefangen; und was für einen Preis das Bett gekauft werden kann, kann man kaum vorstellen. Ich rede Ihnen in 2. wochabgabten Arbeitern und meistens 3000 den Namen genannt. Es ist um die langjährige eine solche Erfahrungssammlung der Arbeitervorsten, so der Arbeit, wo man die Firma in den geradenen Gefällen kennt und mit ihrem Namen das Glück erzielen. Hier ist ein weites Feld der Organisationsfähigkeit für unsere Freiheit zu eröffnen. Die Versammlung brachte einen Plauschbericht vom 26. Februar.

Eine nach dem Stande der beständigen Arbeiterschaftsregung gut durch Verarbeitung feste am Samstagabend, den 20. Januari, im Land zu führen, die wir bis dato noch keine Gelegenheit hatten, gehörig in der Performance, eine solche zu schaffen mit Personen. Ein fest Zelt in der beständigen Arbeiterschaftsregung auszurichten, intelligenter Mensch hat die Zeitung der Arbeiterschaften und Parteien, während einer Lungen in dem betreffenden Lande den ersten Schritt zu

Die Regie, fügt am beständige Berichterstattung hinzu, in
welcher Form sie die nach einer ganzen Etagel aufmerkt und legen
die Dokumente aus dem zwei Straßen untersuchten Bereich her-
ausgeworfen waren. Die Anklage Albrecht Schäfer
wurde hier zunächst als aufzufordern, in Folge des Zu-
verständnisses einer Regel unzulässiger Prozesse. Da der
Vorwurf bestätigt ist, so muss, wenn auch langsam, weiter
verfahren. Die Berichterstattung besteht einer Etagenber-
icht mit 12 Abschnitten, kommt unter anderem folgenden

Kollagen, die versprochen haben, in Zukunft treuer zur Organisation als halten und an deren Ausbau mitzuwirken, statt aufzutreten, wenn ihnen dies oder jenes nicht paßt.

So brachte uns diese Tour also einen Zuwachs von drei neuen Zahlstellen und etwa 160—170 Mitgliedern.

Agitation im Ogu 9.

In Anklam, wo bereits eine große Zahl Einzelmitglieder dem Verbaude gewonnen waren, hielt der Unterzeichnete zur Gründung einer Zahlstelle eine Versammlung ab. Die Gründung wurde vollzogen. Wie bereits bekannt, wurde der erste Bevollmächtigte von dem „humanen“ Director der Jüdischenfabrik auch gleich entlassen. Was gebrauchter auch die Arbeiter Vereinigungsrath, das besteht in Pommern nur für die Agrarier, deren Schützenruppe und Gefolgschaft. Während diese Versammlung gut besucht war, ließ die nächste in Tatznick tagende wegen des Schützenfestes an Besuch viel zu wünschen übrig. Auch in Rosberg waren nur 30 Versammlungsbesucher anwesend. In Kölln, wo die folgende Versammlung tagte, ist die jüngst gegründete Zahlstelle durch die „Thätigkeit“ einiger „Auch“-Collegen ruiniert. In Belgard war die Versammlung gut besucht, und wird vor Alem ein besserer Geist dort eingesagen sein.

Friedrich Schneider, Stettin.

waren 24 Kollegen unseres Verbandes daran beteiligt, trotzdem die Differenzen von der Lohnkommission geregelt waren, wurde vom Bauarbeiter-Verband die Sperrre über den Werktag verhängt, obgleich nur zwei Mann vom Bauarbeiter-Verband dort beschäftigt waren. Es wäre die Kommission der Bauarbeiter verpflichtet gewesen, erst mit unserer Lohnkommission in Verbindung zu treten, was aber nicht geschehen ist. Darauf wurde ein Untag angenommen, der Lohnkommission statt 50 Mfl. 100 Mfl. pro Quartal auszuweisen.

Heilbronn. Schon früher hatten wir Besanlassung genommen, die verschiedenen Missstände in der Gasserversenfabrik von C. H. Knorr, Aktiengesellschaft, in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Die Firma ließ sich damals durch diese Mittel zu Verhandlungen herbei und es traten auch einigermaßen bessere Verhältnisse ein. Es hat jedoch den Anschein, als ob diese Versprechungen nun wieder in Vergessenheit gekommen wären. Denn die Behandlung, die die Aufseher den Arbeitern und Arbeiterinnen angebieten lassen, spottet jeder Beschreibung. Ausdrücke wie Sauvoll, Saubande, verdammte Bande u. s. w. den Arbeitern gegenüber sind noch milde gemeint. Werktitel sind ein Arbeiter derartige Ausdrücke, so heißt es einfach: „Wenn es nicht passt, der kann gehen.“ Die meiste Schneidigkeit in dieser Hinsicht legen die Aufseher Bauer und Feisel an den Tag. Es würde im eigenen Interesse der Firma liegen, wenn die Direktion für Abstellung der angeführten Missstände sorgen würde. — Ahnliche Zustände schmerzen in der hiesigen Zunderfabrik zu herrschen. Es sind dort schon verschlebene Arbeiter entlassen bzw. gemustert worden. Die Bevollmächtigten wandten sich dieserhalb an die Direktion. Dieser drohte aber: „Keine Antwort ist auch eine Antwort.“ Erst kürzlich hat ein Aufseher, Mitglied des katholischen Arbeitervereins, seine christliche Nächstealtheit dadurch bestätigt, daß er sich einem Arbeiter gegenüber äußerte: „Einen Zusätzlichen von Sozialdemokraten können wir nicht gebrauchen“, d. h. Du bist entlassen. Trotzdem verartige Zustände in den hiesigen Fabriken vorhanden sind, können sich die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht entschließen, dem Verbande beizutreten, und deshalb sind wir mächtig. Arbeiter und Arbeiterinnen, schaft Euch zusammen, organisirt Euch! Welche gewaltige Macht repräsentieren wir, wenn wir einig sind! Unsere Arbeit wird erleichtert, unsere Lebenslage verbessert werden.

Kellinghusen. Die am 13. Juli abgehaltene Mitgliederversammlung war nur sehr schwach besucht. Zum 1. Punkt der Tagesordnung, Abrechnung vom 2. Quartal, ist zu erzählen, daß die Hauptkasse in Einnahme und Ausgabe mit 26,75 M ℓ , die Lokalkasse mit 162,12 M ℓ . abschließt. Kassenbestand 102,37 M ℓ . Dem 2: Bevollmächtigten wurde Decharge vertheilt. Unter „Verschiedenes“ wurde auf Antrag des Kollegen Schwerding beschlossen, dem Streifonds 40 M ℓ . aus der Lokalkasse zu überweisen. Ein Antrag Huckseldt, betr. Haussagitation, wurde der Agitationskommission überwiesen. Der Bericht des Vergnügungskomitees konnte nicht gegeben werden, da Niemand vom Komitee anwesend war, was scharf gerügt wurde. Die zwölf Kollegen, die irgend ein Amt annehmen, sollten doch eigentlich mit gutem Beispiel vorangehen und ihre Verpflichtungen erfüllen. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, nach Kräften für besseren Versammlungsbefund zu sorgen, schloß hierauf der 1. Bevollmächtigte um 10 Uhr die Versammlung.

Neu-Weissensee. Am 1. Juli tagte hier eine öffentliche Versammlung. Kollege Schumann referierte über Arbeiter- und Unternehmer-Organisationen. Der Redner verstand es, durch Anführung einer Anzahl Beispiele den Anwesenden den Nachweis von der Notwendigkeit der Organisation zu erbringen. Es ließen sich denn auch 15 Personen als Mitglieder zeichnen.

Podejuch. Am 7. Juli tagte eine Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Ernst Kleinke. Auf der Tafel saßen und zwei Kollegen, die dort längere Zeit beschäftigt waren, wegen ihrer Verbandszugehörigkeit entlassen worden. Sofort nach ihrer Entlassung seien zwei unorganisierte Kollegen eingestellt worden. Der auf der Fabrik thätige Aufseher Lehmann hat schon früher aufgefordert, den Verband zu meiden. Die Versammlung beschloß, die beiden Kollegen als gemahregelt anzusehen. Eine Kommission zur Schlichtung von Streitigkeiten.

Rendsburg. Am Sonntag, den 7. ds. Mts., tagte eine öffentliche Volksversammlung in der „Neuen Welt“. Genossin von Hamburg sprach über „Die wirtschaftliche Krise und deren Einwirkung auf die Arbeiter.“ Rednerin führte etwa folgendes aus: „Das Widersinnige unserer Wirtschaftsordnung setzte am stärksten während der von Zeit zu Zeit wiederkehrenden Krisen in Erscheinung. Da werde seitens der Unternehmer der guten Geschäftskonjunktur in der planlosesten Weise die Produktion zu steigern gesucht; während andererseits alle Hebel der Bewegung gesetzt werden, das Einkommen und damit die Beschäftigung der breiten Masse des Volkes auf der deutbar niedrigsten Stufe zu halten. Da diese Praxis überall üblich ist, eine Überfüllung des Weltmarktes von Zeit zu Zeit die aussichtslose Folge; da gerathet dann der Absatz ins Stocken, wodurch die Folgen für die arbeitende Bevölkerung. Diesmal sei die Krise noch verschärft durch die beiden Kriege in Asien und Afrika, den langen, strengen Winter, den wir durchzumachen haben, die allgemeine Kohlen- und Wohnungsnöthe. In einer Reihe von Beispielen aus den verschiedenen Gegenden Deutschlands zeigte Rednerin das Drückende der gegenwärtigen Lage für die Arbeiter, dabei die völlig unzureichenden Maßnahmen seitens der einzelnen Kommunen, sowie das Fehlschreiten des Ministers des Innern bezüglich der Arbeitslosigkeit schärfstens kritisierend. Zudem drohte uns auch die Gefahr, wenn der von den Juntern vertretene Standpunkt in der Zollpolitik zum Erfolgsbedürfnis werde, daß nicht nur unser Brot außerordentlich erhöht werden, sondern auch die jetzt alut aufstrebende Krise dann Folge der dadurch herausbeschworenen Zollkriege zu einer katastrophalen werde. In einbringlichen Worten forderte die Rednerin die Tumulte auf, hiergegen sich zu wehren durch einen festen Zusammenschluß aller Völker, die dem Kapital zu entgehn haben.“ Reicher Beifall war der Dank für diesen Beitrag. In der Diskussion ergriff trotz mehrfacher Aufforderung niemand das Wort.

Schwerte. Eine öffentliche Versammlung der Fabrikarbeiter wurde im Höhener'schen Lokale und beschäftigte sich mit der Gründung einer Zahlstelle. Das Referat hatte Kollege Brandau ernannt, welcher die Lage der Arbeiter behandelte und darauf hinwies, daß die Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft in einer Organisation eine unumgängliche Notwendigkeit ist. Die Gründung der Zahlstelle wurde beschlossen, die Haltung der ersten Mitgliederversammlung für den 21. Juli festgesetzt.

Wilhelmsburg. Am Dienstag, den 9. Juli, tagte im Saale des Herren Sievert unsere Mitgliederversammlung. Die gelegte Abrechnung wurde für richtig befunden. Dann wurde ein Entschluß des Vitzlers vom Hauptvorstand beschlossen, eine Strafe im Betrage von 50 Pf. zu erheben. Auf Befragungen erwiderte der Bevollmächtigte, daß das in polnischer Sprache erscheinende Gewerkschaftsblatt „Oswista“ den polnischen Kollegen demnächst geliefert würde. Dann wurde eine Mission aus 11 Personen gewählt zur Sammlung eines Spendenfonds. Die Bibliothekfrage wurde zu einer späteren Sitzung vertagt. Zum Schluß referierte Meyer aus Hamburg über: „Was zeigt uns die Gewerkschaftsbewegung der letzten?“